

Bundesnetzagentur

Beschlusskammer 6

Tulpenfeld 6

53113 Bonn

Ansprechpartner

Clemens Geisel

Tel: 0341- 230 28 241

E-Mail: clemens.geisel@e2m.energy

Leipzig, 24. Mai 2017

**Festlegungsverfahren zur Erbringung von Sekundärregelleistung und Minutenreserve durch
Letztverbraucher gemäß § 26a StromNZV**

- Konsultation von Eckpunkten -

Zusammenfassung

Das von der Bundesnetzagentur gemäß § 26a StromNZV eröffnete Festlegungsverfahren zur normierten Öffnung von Bilanzkreisen zur Regelenergieerbringung für Drittpartei-Aggregatoren ist grundsätzlich zu begrüßen und enthält viele richtige Ansätze. Folgende Punkte des Eckpunktepapiers widersprechen jedoch einer geplanten Vereinfachung und Standardisierung der Marktprozesse zur Erbringung von Regelleistung und behindern die Mobilisierung bislang ungenutzter Flexibilitätspotenziale im Stromsystem:

- Der Anwendungsbereich des Festlegungsverfahrens muss dringend auch auf Erzeugungsanlagen bzw. den wachsenden Anteil an Prosumern erweitert werden.
- Der angesprochene Regelungsbedarf hinsichtlich der administrativen Entgelte basiert aus Sicht der Energy2market GmbH auf einer unnötigen und nicht gerechtfertigten Problematisierung eines bereits automatisierten und kostenneutralen Marktprozesses für den Fahrplanaustausch, anstatt eine standardisierte, aufwandsarme Lösung herbeizuführen.
- Es handelt sich beim Fahrplanaustausch um die Abwicklung von Standardprozessen in der Marktkommunikation und Bilanzierung, die nicht mit einem finanziellen Mehraufwand verbunden sind und demnach keiner Aufwandsentschädigung bedürfen.
- Die aktuell häufig praktizierte und unbegründete Erhebung von administrativen Entgelten gefährdet die kosteneffiziente und wirtschaftliche Bereitstellung und Vermarktung von flexiblen Verbrauchsprozessen und entzieht dem Stromsystem dadurch wichtige Flexibilitätspotenziale.
- Das im Branchenleitfaden vorgeschlagene Kostenmodell, das auf die Anzahl der auszutauschenden Fahrpläne abstellt, ist grundsätzlich ungeeignet, da die Anzahl der auszutauschenden Fahrpläne in keiner Relation zur Größe der jeweiligen Technischen Einheit und damit den erzielten Erlösen aus der Vermarktung steht.
- Eine entsprechende „hoheitliche Preisregulierung“ ist insofern erforderlich, als dass die vorgesehene Weitergabe administrativer Kosten im Interimsmodell gemäß Ziffer 4.5 des Branchenleitfadens entfallen sollte.

Grundlegende Bemerkungen

Zunächst begrüßen wir, dass die Beschlusskammer die insbesondere von Seiten der Aggregatoren geäußerten Kritikpunkte am Branchenleitfaden zur Kenntnis genommen und im Rahmen ihrer vorläufigen Erwägungen berücksichtigt hat. Insbesondere zutreffend ist die Einschätzung der Beschlusskammer, dass die Festlegung, ausgehend vom Wortlaut des § 26a StromNZV in erster Linie das Verhältnis des Letztverbrauchers zu seinem Lieferanten betrifft und bereits aus Gründen der Zweck- und Verhältnismäßigkeit keine weiteren Rechtsverhältnisse zwischen Aggregator und Lieferant zu begründen sind.

Weiterhin stellt die Beschlusskammer zutreffend fest, dass das derzeitige Wissen über Nachholeffekte bei der Erbringung von Regelleistung mit Verbrauchsanlagen sehr begrenzt und daher ein bilanzieller Ausgleich, soweit solche Effekte eintreten, bis auf weiteres nicht möglich ist.

Die mit dem Festlegungsverfahren beabsichtigte **Erleichterung** der Regelleistungserbringung durch Letztverbraucher wird jedoch bedauerlicherweise durch die Beibehaltung organisatorischer und wirtschaftlicher Hürden teilweise konterkariert.

Kritisch zu beurteilen ist daher, dass die Beschlusskammer zwar die Notwendigkeit für eine hoheitliche Festlegung zur Höhe des angemessenen Entgelts in Frage stellt, nicht aber die grundsätzliche Berechtigung solcher administrativen Kosten hinterfragt, die der Branchenleitfaden neben dem corrected model vorsieht. Die Erhebung von administrativen Entgelten bedeutet ein drittes Preismodell seitens der Lieferanten, neben der Abrechnung der vom Liefervertrag abweichenden Energiemengen sowie dem Risikoaufschlag im Rahmen von Nachholeffekten. Ein zusätzliches Preismodell außerhalb der Regelungen des corrected models steigert unnötigerweise die Komplexität der Marktprozesse und spiegelt in keiner Weise den realen finanziellen Aufwand für die Öffnung von Letztverbraucherbilanzkreisen wider.

Tatsächlich handelt es sich bei dem Austausch von Korrekturfahrplänen um einen Standardprozess der energiewirtschaftlichen Marktkommunikation. Diesen Prozess als eine zusätzlich zu vergütende Leistung des Lieferanten zu definieren, gefährdet eine wirtschaftlich sinnvolle Vermarktung von Regelleistung durch Letztverbraucher und behindert eine durch § 26a StromNZV beabsichtigte Erschließung weiterer Flexibilitätspotentiale.

Bewertung ausgewählter Punkte

Die Beschlusskammer beschränkt ihre Ausführungen im Wesentlichen auf das im Branchenleitfaden vorgesehene Interimsmodell (Phase1) mit dem zutreffenden Hinweis, dass das im Rahmen der Überarbeitung der MaBiS zu regelnde Zielmodell im Branchenleitfaden lediglich skizziert wird und Anpassungen am Zielmodell ausdrücklich vorbehalten sind. Insoweit beschränken wir unsere nachstehenden Ausführungen ebenfalls auf die beabsichtigten Regelungen zum Interimsmodell ab dem 01.01.2018.

1. Zu Ziffer 2 Anwendungsbereich

Im Hinblick auf den Anwendungsbereich des Interimsmodells stellt die Beschlusskammer zunächst grundsätzlich zutreffend darauf ab, dass § 26a StromNZV allein auf den Letztverbraucher abzielt und zieht hieraus den Schluss, dass damit reine Erzeugungsanlagen von der beabsichtigten Festlegung nicht erfasst sein können. Gleichwohl wurde bereits im Rahmen des Branchenleitfaden klargestellt, dass eine Anwendbarkeit jedenfalls dann gegeben sein soll, wenn die Erzeugungs- und Verbrauchseinheiten über denselben Zählmesspunkt bilanziert werden.

Vorschlag: Die Festlegung sollte den Anwendungsbereich, wie im Branchenleitfaden vorgeschlagen, auch auf Prosumer als Letztverbraucher ausdehnen. Darüber hinaus ist auch eine Erweiterung der Anwendbarkeit der die Abwicklung betreffenden Regelungen auf Erzeugungsanlagen dringend geboten.

Begründung: Anderenfalls würde mit der Einführung der im Branchenleitfaden vorgesehenen Regelungen allein für Letztverbraucher ein erheblicher Mehraufwand einhergehen, da sowohl Aggregatoren wie auch Lieferanten unterschiedliche Prozesse im Hinblick auf den vorzunehmenden Datenaustausch, die Bilanzierung und die Präqualifikation für die Technischen Einheiten von Letztverbrauchern einerseits und Erzeugern andererseits etablieren müssten. Dies würde der angestrebten Standardisierung der Marktprozesse im Zusammenhang mit der Erbringung von Regelleistung zuwiderlaufen und eine Verschlechterung gegenüber dem gegenwärtigen Status Quo darstellen.

2. Zu Ziffer 3 Rechtsbeziehungen Lieferant / Aggregator

Die Beschlusskammer führt zutreffend aus, dass § 26a StromNZV die Rechtsbeziehungen zwischen Letztverbraucher und Lieferant/BKV betrifft und damit keine geeignete Grundlage darstellt, um darüberhinausgehende Rechtsverhältnisse, insbesondere zwischen Aggregator und Lieferant zu begründen. Dem ist vollumfänglich zuzustimmen und führt auch dazu, wie die Beschlusskammer an anderer Stelle ausführt, dass auch im Hinblick auf die im Branchenleitfaden vorgesehenen administrativen Kosten keine Inkassobeziehung zwischen Aggregator und Lieferant begründet werden kann.

3. Zu Ziffer 3.1 Datenaustausch vor der Vermarktung

a) *„Sind noch weitere Angaben erforderlich? Wenn ja: Welche und warum?“*

Weitere Angaben sind im Rahmen des Datenaustauschs vor der Vermarktung nicht erforderlich.

b) *„Es werden Vorschläge für das im Interimsmodell zu nutzende Datenformat und für ein entsprechendes Template erbeten.“*

Wir verweisen auf das Musterformular der BNetzA zur Meldung nach § 21 EEG bzw. Neuanmeldung-/Inbetriebnahme. In dieser Form können im Interimsmodell die entsprechenden Angaben abgefragt werden. Nach der Interimszeit sollte das Format

UTILMD verwendet werden. Auf eine Musterdatei für die Zeitreihe Korrekturfahrplan sollte verzichtet werden und bereits im Interimsmodell auf die Regeln für die Fahrplananmeldung in Deutschland mit Hilfe des ECC-Systems abgestellt werden.

c) „Sollen weitere Vorgaben zur Schnittstelle gemacht werden? Wenn ja: Welche?“

Für den Datenaustausch ist auf marktübliche Übertragungswege wie SFTP und zusätzlich E-Mail zurückzugreifen.

4. Zu Ziffer 3.4 Angemessenes Entgelt

Wie bereits eingangs ausgeführt, geht die Auseinandersetzung mit der Höhe eines „angemessenen Entgelts“ an der eigentlichen zentralen Fragestellung vorbei, inwieweit für den Fahrplanaustausch im Rahmen der Bilanzierung der erbrachten Regelleistung überhaupt sinnvollerweise ein Entgelt anzusetzen ist.

Bei dem im Rahmen der Ausbilanzierung der erbrachten Regelenergie zwischen dem Bilanzkreis des Aggregators und dem Bilanzkreis des Lieferanten/BKV vorzunehmenden Fahrplanaustausch handelt es sich um einen automatisierten Standardprozess der energiewirtschaftlichen Marktkommunikation und Bilanzierung, dessen (zusätzlicher) Aufwand die Erhebung eines separaten Entgelts nicht rechtfertigt.

Vielmehr wird der nach § 26a Abs. 2 StromNZV geforderte Nachteilsausgleich zugunsten des Lieferanten/BKV bereits im Rahmen des corrected model hinreichend umgesetzt und mit dem im Branchenleitfaden vorgesehenen, mit möglichen Nachholeffekten begründeten „Risikoaufschlag“ sogar überkompensiert.

Demgegenüber führt die Erhebung zusätzlicher administrativer, insbesondere auf den Fahrplanaustausch im Rahmen der Energiebilanzierung abstellender Kosten zu massiven Beeinträchtigungen für die Vermarktung von Regelleistung durch Letztverbraucher, die eine Vergütung des ohnehin nur geringen administrativen Mehraufwands des Lieferanten/BKV nicht rechtfertigen.

a) „Wird eine hoheitliche Preisregulierung im Verhältnis LF–LV für erforderlich gehalten?“

Eine hoheitliche Preisregulierung ist somit dergestalt erforderlich, als dass im Rahmen der zu treffenden Festlegung für den mit der Energiebilanzierung der erbrachten Regelleistung verbundenen Aufwand kein gesondertes Entgelt zugunsten des Lieferanten/BKV vorzusehen ist.

Ein Verzicht auf eine Regelung zur Erhebung administrativer Kosten würde darüber hinaus den Nutzen der zu treffenden Festlegung für einen erleichterten Zugang von Letztverbrauchern zum Regelleistungsmarkt grundsätzlich infrage stellen. Weder wäre in diesem Fall eine Verbesserung im Hinblick auf die Planbarkeit der anfallenden Kosten zu erwarten noch würden prohibitive Entgeltforderungen verhindert.

- b) „Aus welchen Gründen geht man davon aus, dass sich am Markt unangemessene Entgelte bilden? Anhand welcher Methoden oder Kriterien soll ggf. eine hoheitliche Bestimmung eines angemessenen Entgeltes erfolgen?“

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich angemessene Entgelte am Markt bilden können, da ein Markt für die von den Lieferanten/BKV geltend gemachten administrativen Kosten faktisch nicht besteht. Der Letztverbraucher ist über seinen Stromversorgungsvertrag an „seinen“ Lieferanten/BKV gebunden. Eine wettbewerbliche Situation dergestalt, dass Lieferanten/BKV im Hinblick auf die administrativen Kosten im Wettbewerb mit anderen Anbietern stünden, ist in der konkreten Situation nicht gegeben. Es kann auch nicht darauf verwiesen werden, dass der Lieferant/BKV sich an marktüblichen, angemessenen Kostensätzen orientieren wird, da der Letztverbraucher anderenfalls zum nächstmöglichen Zeitpunkt seinen Lieferanten wechseln wird. Tatsächlich spielen für die Kundenbeziehung Lieferant/Letzterverbraucher eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle. Die Höhe der administrativen Kosten ist für den Abschluss eines Versorgungsvertrages daher nicht allein ausschlaggebend, so dass sich viele Lieferanten/BKV bereits jetzt in der Lage sehen, administrative Kosten geltend zu machen, die in keinem Verhältnis zu dem tatsächlich anfallenden Aufwand stehen.

Dies zeigt sich insbesondere daran, dass die uns von Lieferanten/BKV vorliegenden Kostenforderungen weit auseinanderliegen und keine Anzeichen dafür erkennbar sind, dass sich eine „Preisbildung“ hin zu einem mittleren Preisniveau abzeichnen würde.

So verzichten bereits jetzt mehr als die Hälfte der Lieferanten/BKV, mit denen ein Bilanzausgleich stattfindet, gänzlich auf die Geltendmachung von Kosten für den Fahrplanaustausch.

Demgegenüber gibt es weiterhin Lieferanten/BKV, die unverhältnismäßig hohe Kostenforderungen stellen und sich offensichtlich gegenüber einer wettbewerblichen Vermarktung von Verbrauchseinheiten verschließen.

Trotz dieser faktisch prohibitiven Wirkung der geltend gemachten Kosten ist nicht festzustellen, dass auf die Lieferanten/BKV ein entsprechender wettbewerblicher Druck ausgeübt würde, der zu einer Senkung dieser Kosten führt. Vielmehr verbleibt es bei den beschriebenen beiden Extremen einer kostenfreien Abwicklung einerseits und völlig unverhältnismäßigen Kosten andererseits.

Folgende Beispielrechnung verdeutlicht am Beispiel einer Technischen Einheit mit einer nutzbaren Flexibilität von 250 kW wie die Erhebung administrativer Entgelte eine wirtschaftliche und effiziente Vermarktung von flexiblen Lasten ad absurdum führt:

Kostensituation für die Vermarktung von flexiblen Lasten über Aggregatoren

Abrufdauer	80 Abrufe/Jahr à 3 Minuten → 4 h/Jahr
Arbeitspreis	500,00 EUR MWh
Arbeitspreiserlöse	6,25 EUR/Abruf bzw. 500,00 EUR / Jahr
Abrufstrategie der Verbrauchsanlage	80 ausgetauschte Fahrpläne/Jahr
Kostenforderungen von Lieferanten/BKV pro auszutauschendem Fahrplan	60,00 EUR*
Einrichtungsgebühren von Lieferanten/BKV	800,00 EUR*
Kosten für den Fahrplanaustausch	5.600,00 EUR/Jahr
+ Kosten für Anlagenintegration und Präqualifikation	

Datenquelle: Energy2market GmbH

*Zahlen entstammen der energy2market vorliegenden Abwicklungsvereinbarungen

Die Bilanzierung zeigt deutlich, dass eine wirtschaftliche Vermarktung von Regelleistung, insbesondere im Falle kleinerer Technischen Einheiten, unter diesen Bedingungen nicht möglich ist, da die hier geltend gemachten administrativen Kosten die Erlöse bei weitem übersteigen.

Darüber hinaus würden schon geringste administrative Kosten die notwendige Integration kleinerer Anlagen mit einer Leistung von weniger als 100 kW in den Regelleistungsmarkt vollständig verhindern.

Vorschlag: Unter der zutreffenden Annahme, dass für den administrativen Aufwand im Rahmen des Fahrplanaustausches keine gesonderten Entgelte erhoben werden können, erübrigt sich auch die Frage nach der zutreffenden Methodik für die Ermittlung solcher Kosten.

Dessen ungeachtet erscheint jedes Kostenmodell, das auf die Anzahl der auszutauschenden Fahrpläne abstellt, grundsätzlich ungeeignet, da die Anzahl der auszutauschenden Fahrpläne in keiner Relation zur Größe der jeweiligen Technischen Einheit und damit den erzielten Erlösen aus der Vermarktung steht. Dies führt zu einer systematischen Benachteiligung bis hin zum Ausschluss kleinerer Anlagen vom Regelleistungsmarkt.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Berücksichtigung administrativer Kosten im Rahmen der Arbeitspreisgebote zu einer veränderten Abrufhäufigkeit der Anlage im Rahmen der Regelleistungserbringung führt. Erhöht der Anbieter das Arbeitspreisgebot, da er im Abruffall auch die entstehenden administrativen Kosten abdecken muss, die selbst dann anfallen, wenn die Anlage innerhalb von 24 Stunden nur für wenige Minuten abgerufen worden ist, führt dies zu einer Verringerung seiner Arbeitspreiserlöse. Ein fahrplanbezogenes Kostenmodell, wie im Branchenleitfaden vorgeschlagen, führt damit zu einer vollständig konträren Entwicklung von steigenden Kosten und geringeren Erlösen im Rahmen der Regelleistungsmarkting. Durch die Berücksichtigung fahrplanbezogener administrativer Entgelte im Rahmen der Arbeitspreisgebote führen diese Kosten letztlich zu einer entsprechenden Erhöhung der Netzentgelte und damit mittelbar zu einer Mehrbelastung aller Stromkunden.

Diese Probleme stellen sich, wenn auch in abgeschwächter Form, ebenso bei der Festlegung einer einheitlichen Pauschale, die nicht auf die Anzahl der Fahrpläne abstellt. Auch in diesem Fall wird, abhängig von der Höhe der Pauschale, insbesondere der Zugang kleinerer Technischen Einheiten zum Regelleistungsmarkt erschwert. Eine denkbare Abrechnung administrativer Kosten in Abhängigkeit von der Menge der erbrachten Regelleistung, erscheint angesichts des hiermit verbundenen hohen prozessualen Aufwands ebenfalls nicht praktikabel.

Schlussbemerkung und Ausblick

Das jüngst veröffentlichte Strategiepapier der Bundesregierung, „Strom 2030“, verdeutlicht, dass eine sichere und kostengünstige Systemintegration von erneuerbaren Energien nur dann erreicht werden kann, wenn dem System jederzeit ausreichend Flexibilität zur Verfügung steht. Aggregatoren wie Energy2market nehmen als spezialisierter Dienstleister in diesem Kontext eine Schlüsselrolle ein, da sie aufgrund eines regelbaren Portfolios aus Erzeugungs-, Verbrauchs-, und Speichereinheiten kosteneffizient Flexibilität am Markt anbieten können. Deshalb muss künftig sichergestellt sein, dass sie über dieselben Marktchancen verfügen wie ihre Wettbewerber und ihre Vermarktungsaktivitäten durch bestehende Marktregeln nicht systematisch eingeschränkt werden.

Auch die Europäische Kommission hat im jüngst veröffentlichten Winterpaket die zentrale Rolle von Aggregatoren bei der Erschließung von Flexibilitätspotenzialen hervorgehoben. In dem Richtlinienentwurf zum Strommarktdesign (COM (2016) 864, Article 17 d) schließt die Europäische Kommission die Erhebung von Entgelten für die Öffnung von Letztverbraucherbilanzkreise für Dritte explizit aus.

Das im Branchenleitfaden angeregte Preismodell, dass Lieferanten für die Öffnung ihrer Bilanzkreise finanziell entschädigen soll, gefährdet das Geschäft von Aggregatoren und Flexibilitätsanbietern. Das Modell spiegelt zudem nicht die heutigen Standards der Marktkommunikation wieder, die sich im Zuge der digitalen Transformation rapide weiterentwickeln und Marktprozesse immer aufwandsärmer abbilden können. Das skizzierte Preismodell liefert für die energiewirtschaftlichen Weichenstellungen der Zukunft das falsche Signal. Die Bundesnetzagentur sollte diese Entwicklungen sowie die künftigen übergeordneten Systemanforderungen in ihrer Festlegung berücksichtigen und für Investitionssicherheit von Flexibilitätsanbietern sorgen.

Dazu gehört zum einen ein diskriminierungs- bzw. entgeltfreier Zugang zu Verbrauchseinheiten. Darüber hinaus sollte die Festlegung standardisierte Marktprozesse nicht nur für flexible Verbraucher, sondern ebenso für Erzeuger und Prosumer definieren.

Energy2market GmbH